

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Kordula Schulz-Asche, Uwe Kekeritz, Maria Klein-Schmeink, Elisabeth Scharfenberg, Dr. Harald Terpe, Katja Dörner, Kai Gehring, Dr. Franziska Brantner, Tabea Rößner, Ulle Schauws, Doris Wagner, Beate Walter-Rosenheimer, Luise Amtsberg, Agnieszka Brugger, Ekin Deligöz, Matthias Gastel, Anja Hajduk, Tom Koenigs, Renate Künast, Peter Meiwald, Beate Müller-Gemmeke, Dr. Konstantin von Notz, Omid Nouripour, Cem Özdemir, Brigitte Pothmer, Claudia Roth (Augsburg), Corinna Rüffer, Dr. Frithjof Schmidt, Dr. Wolfgang Strengemann-Kuhn, Dr. Julia Verlinden, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der vereinbarten Debatte

Deutschlands Beitrag zur Eindämmung der Ebola-Epidemie

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Derzeit müssen wir in Westafrika die bisher größte, noch immer unkontrollierte Verbreitung von Infektionen mit dem Ebola-Virus erleben. Die seit Beginn des Ausbruchs deutlich unterschätzte Epidemie ist mittlerweile eine der schlimmsten Gesundheitskrisen in der Geschichte der Vereinten Nationen. Die Epidemie ist eine Zerreißprobe für die am meisten betroffenen Länder – bislang Liberia, Guinea und Sierra Leone – und auch eine enorme Herausforderung für das Krisenmanagement der internationalen Gemeinschaft. Ebola ist längst nicht mehr nur ein afrikanisches Problem. Benötigt wird eine sofortige, über die WHO koordinierte humanitäre Offensive mit einem stärkeren, verlässlicheren und nachhaltigerem Engagement Deutschlands.

Deutschland verfügt über einen gut ausgebauten Katastrophenschutz. Dieser sollte bei der Erarbeitung und Umsetzung des Aktionsprogramms „Soforthilfe Ebola“ genutzt werden. Ziel des Aktionsprogramms ist es, die Umsetzung der Response Road Map der WHO zu unterstützen. Das Aktionsprogramm muss aus dem Dreiklang „weitergehender Katastrophenschutz, umfassende Logistik und medizinisches Fachpersonal“ bestehen und vorrangig von Nichtregierungsorganisationen in enger Absprache mit der WHO vor Ort umgesetzt werden. Das Aktionsprogramm soll dazu beitragen, dass beispielsweise die kurzfristigen Bedarfe wie zusätzliche Isolierzentren, mehr ausgebildetes Personal, mobile Labors für eine bessere Diagnostik sowie Flugzeuge und Schiffe, damit Personal und Material befördert werden können, gedeckt werden.

Angesichts der sich immer weiter zuspitzenden Lage ist ein entschlossenes und koordiniertes Vorgehen überfällig. Seit Beginn der Krise gab es seitens der WHO mehrere Bitten um stärkere materielle, logistische sowie personelle Unterstützung. Die Bekämpfung der Ebola-Epidemie wird nach WHO-Schätzungen im kommenden halben Jahr mehr als 370 Millionen Euro kosten.

Deutschland hat mit seinen Hilfszusagen viel zu lange gezögert und die prekäre Situation in den betroffenen Ländern verkannt. Die jetzigen neuerlichen Zusagen sind zwar zu begrüßen, können aber nur ein erster Schritt sein.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. gemeinsam mit den in Deutschland ansässigen und vor Ort tätigen Hilfs-, Entwicklungs-, Katastrophenschutz- und zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie mit den verschiedenen beteiligten Ministerien ein Aktionsprogramm „Soforthilfe Ebola“ aufzulegen. Dabei ist eine enge Abstimmung insbesondere mit dem VN-Koordinator für Ebola bei der WHO, die im Rahmen einer erweiterten Response Road Map der Vereinten Nationen bereits mit den betroffenen Ländern die genauen Bedarfe erhebt, nötig. Des Weiteren sollen die multilateralen und bilateralen Aktivitäten in der europäischen Union und anderen Organisationen der Vereinten Nationen berücksichtigt werden. Das Aktionsprogramm muss mindestens im Wert von 50 Millionen Euro aufgesetzt werden;
2. als Grundlage des Aktionsprogramms gemeinsam mit den Nichtregierungsorganisationen zu identifizieren, welche technischen, personellen und logistischen Kapazitäten von staatlichen und zivilen Organisationen in Deutschland sofort verfügbar sind, um diese in den Krisengebieten nutzbar zu machen;
3. sich dafür einzusetzen, dass jetzt gemeinsam mit den Nachbarländern die für die Prävention notwendigen Bedarfe in diesen Ländern erhoben und das Aktionsprogramm ggf. entsprechend erweitert wird;
4. zusammen mit der internationalen Gemeinschaft vorbeugende Maßnahmen gegen die drohende Ernährungskrise in den von Ebola betroffenen Ländern zu treffen sowie dem sich abzeichnenden Rückgang des Wirtschaftswachstums mit einer Wiederaufbaustrategie zu begegnen;
5. im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere in den ärmsten Ländern der Welt, den Aufbau nachhaltiger Sicherungssysteme, einschließlich der Gesundheitspolitik, stärker in den Fokus zu stellen. Dies muss kohärent und ressortübergreifend geschehen. Dazu gehört auch die stärkere Forschung in Bezug auf Krankheiten, von denen Menschen in diesen Ländern besonders betroffen sind.

Berlin, den 23. September 2014

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

In der Demokratischen Republik Kongo, im Sudan und in Uganda existieren bereits Erfahrungen im Umgang mit dem Ebola-Erreger. Durch die dünn besiedelten, abgelegenen Regionen gelang es bisher immer, die Ausbreitung der Krankheit in relativ kurzer Zeit zu stoppen. Anders gestaltet sich die Situation in Guinea, Sierra Leone und Liberia: Zum ersten Mal in der Geschichte hat das tödliche Virus dicht besiedelte Küstenregionen Afrikas erreicht. In diesen ohnehin krisengeschüttelten Ländern sind die nationalen Gesundheitssysteme nur

rudimentär entwickelt. Des Weiteren fehlt es an staatlicher Autorität zur Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung. Zusätzlich existiert aber auch ein massives Misstrauen gegenüber dem Staat. Aufgrund mangelnder Aufklärung und Präventionsmaßnahmen bestehen in der Bevölkerung, aber auch bei dem medizinischen Personal, Unwissenheit und Ängste. Diese Gemengelage verhindert bisher die Eindämmung des Ausbruchs und mindert zudem die Überlebenschancen der infizierten Menschen. Daher ist nicht davon auszugehen, dass dieser Ausbruch ohne massive Unterstützung von außen zum Erliegen kommt. Für deutsche Hilfsorganisationen kommt erschwerend hinzu, dass die schwer betroffenen Länder Guinea, Sierra Leone und Liberia keine Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind. Daher existiert auch keine staatliche bilaterale Zusammenarbeit, sodass vorrangig Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit der Bewältigung der Krise in den Ländern befasst sind. Die Ebola-Epidemie unterstreicht einmal mehr, dass es jenen Staaten, die von Gewalt, Konflikten und unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen geprägt sind, an Widerstandskraft gegen eine Krise derartigen Ausmaßes fehlt.

Doch es sind nicht nur die unzureichenden Bedingungen sowie Handlungsmöglichkeiten der Institutionen vor Ort, die die Eindämmung der Epidemie so schwierig machen. Auch die Trägheit und der Egoismus der internationalen Gemeinschaft tragen zu der schweren Krise bei. Die WHO sowie „Ärzte ohne Grenzen“ werfen in einem dramatischen Appell der internationalen Gemeinschaft insgesamt Versagen im Kampf um die Eindämmung der Ebola-Epidemie vor. Die internationale Präsidentin von „Ärzte ohne Grenzen“, Joanne Liu, resümierte bei einer Anhörung der Vereinten Nationen in New York Anfang September 2014, dass die Erklärung der WHO vom 8. August 2014, wonach die Epidemie eine internationale gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite darstellt, keine entschiedenen Maßnahmen zur Folge hatte. Stattdessen hätten sich die Staaten zu einer internationalen Koalition der Untätigkeit zusammengesetzt. Die Weltgemeinschaft außerhalb des Krisengebietes sei bisher hauptsächlich mit Selbstschutz beschäftigt gewesen: Nachbarländer hätten ihre Grenzen geschlossen, Linienflüge sowie Schiffslinien wurden eingestellt. Die Industrienationen beschränkten ihre bisherigen Hilfeleistungen zum Teil nur auf die Sicherung einer möglichen Ankunft von Ebola-Infizierten in ihrem eigenen Land.

Währenddessen sind die Kliniken der Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ in Liberia und Sierra Leone mit Patientinnen und Patienten, bei denen Verdacht auf Ebola besteht, völlig überfüllt und der Andrang auf Hilfe wartender Patientinnen und Patienten nimmt unaufhaltsam zu. Berichten zufolge sterben nach wie vor zahlreiche Menschen in ihren Dörfern und Gemeinden, ohne dass deren Kontakte verfolgt würden, was zu einer weiteren Ausbreitung und unaufhörlich steigenden Fallzahl beiträgt. In Sierra Leone liegen infektiöse Verstorbene auf den Straßen und verwesen. Die Ebola-Epidemie wirft die gesamte Lebensweise und Traditionen durcheinander, führt zu Panik, Verunsicherung, Gerüchten und Aberglauben. Die bereits maroden Gesundheitssysteme der betroffenen Länder stehen am Rande des Zusammenbruchs, wodurch auch ein dramatischer Anstieg der Mortalität bei anderen, eigentlich behandelbaren Krankheiten wie Malaria und Geburtskomplikationen festzustellen ist. Hinzu kommt, dass viele Helferinnen und Helfer aufgrund von Übermüdung, Überarbeitung, Hitze sowie Ressourcen- und Zeitknappheit unabsichtlich Schutzmaßnahmen und Verhaltensregeln missachten, sodass es auch zu vermehrten Infektionen des Gesundheitspersonals kommt. Mindestens 150 Mitarbeiter aus dem Gesundheitssektor sind an Ebola bereits gestorben, viele haben zu große Angst vor Ansteckung und gehen ihrer Arbeit nicht mehr nach.

Es rächt sich nun, dass die Verantwortung im Kampf gegen Ebola lange ausschließlich überforderten Gesundheitsbehörden und privaten Hilfsorganisationen überlassen wurde. Die Zahlen sind alarmierend: Laut WHO sind bereits rund 4 780 Menschen an der gefährlichen Seuche erkrankt und mehr als 2 400 gestorben. Die Geschwindigkeit der Ausbreitung erhöht sich tagtäglich und nach WHO-Schätzungen haben sich allein in den vergangenen drei Monaten ca. 20 000 Menschen mit dem tödlichen Virus angesteckt. Abwarten und zusehen, wie sich die Epidemie von selbst ausbrennt, war und ist keine Option.

Seit Wochen appellieren die in den betroffenen Ländern arbeitenden Nichtregierungsorganisationen und die WHO an die Weltgemeinschaft, dass nicht nur Geld, sondern vor allem Personal, Material und deren Transport dringend notwendig sind. Deutschland überhörte die Hilferufe wochenlang und trägt zum Ausmaß der Katastrophe mit bei. Es bedurfte u. a. eines eindringlichen Appells der liberischen Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf an die Bundesregierung, damit diese sich ihrer Verantwortung gegenüber den Ebola-Gebieten stellt.

Der Bundestag begrüßt es, dass die Bundesregierung ihre internationalen Hilfezusagen nun auf mehr als 17 Millionen Euro erhöht hat. Dennoch entspricht diese Summe bei weitem nicht dem internationalen Finanzierungsschlüssel der WHO für Deutschland, der in etwa 10 Prozent des Finanzierungsbedarfs entsprechen sollte.

Die jetzigen Zusagen der Bundesregierung zur Unterstützung der Krisengebiete sind natürlich begrüßenswert, sie werden aber dem Ausmaß der Krise bisher nicht gerecht. Denn neben angekündigtem Transport und Aufbau von Behandlungszentren bleibt die humanitäre Hilfe ohne zugehöriges ausgebildetes Personal wirkungslos.

Notwendig ist daher ein Aktionsprogramm „Soforthilfe Ebola“, welches sowohl die logistischen und technischen als auch die personellen Kapazitäten von staatlichen und zivilen Organisationen in Deutschland bündelt und in den Krisengebieten nutzbar macht. Das Aktionsprogramm inklusive Kostenaufstellung ist zeitnah zu erstellen. Über die Umsetzung des Programms soll dem Auswärtigen Ausschuss, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Verteidigungsausschuss sowie dem Ausschuss für Gesundheit berichtet werden.

Darüber hinaus ist längst absehbar, dass die Folgen der Ebola-Epidemie weitreichend sein werden. Die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft warnt vor einer kommenden Lebensmittelkrise. Wegen der Epidemie sind die Felder in vielen betroffenen Gebieten nicht geerntet worden, abgeriegelte Grenzen und gestrichene Flüge erschweren die Versorgung von außen und die jüngste Entwicklung macht viele Grundnahrungsmittel endgültig unerschwinglich. Auch sind weitreichende wirtschaftliche Folgen absehbar.